№ 97
A 49

Sonntags-Ausgabe.

Berlin

Sonntag, 27. Februar 1921

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft. Literarische Umschau, Hochschulblätter. Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66⅔ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn d Handelsl.): Jul Elbau, Berlin Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Gegen imperialistische Ausbeutung.

Eine Resolution der Wiener Konferenz.

kl **Wien**, 26. Februar.

In der fünften Sitzung der internationalen Sozialisten-Konferenz in Wien kam es zu einer großen Kundgebung der englischen und französischen Delegierten gegen die übertriebenen Forderungen auf Wiedergutmachung. Mit diesen Forderungen mache man den Versuch, die deutsche Arbeiterschaft ins Elend zu stürzen. Insbesondere der englische Arbeitervertreter Hudson-Manchester, richtete einen flammenden Protest gegen diesen Versuch und einen warmen Appell an die französischen Genossen, auf ihre Arbeiterschaft einzuwirken, damit sie sich mit allen Kräften dieser letzten Endes für sie selbst und für die Arbeiterschaft der Welt höchst schädlichen Knechtung des deutschen arbeitenden Volkes widersetze.

Der französische Abg. Bracke erklärte, daß der Besiegte dieses Krieges das gesamte Proletariat Europas sei. Er ging auf eine Rede des deutschen Delegierten Hilferding ein, der die Wirkungen der wahnsinnig übertriebenen Pariser Forderungen schilderte und erklärte, daß, wenn ein Einmarsch in das Ruhrgebiet erfolgte und eine Besetzung Oberschlesiens durch die Polen stattfinden würde, ein unübersehbares Chaos in Deutschland platzgreifen müßte. Bracke sagte, die Zahlen, die Hilferding gegeben habe, zeigten, welches Elend in Deutschland herrschte. In manchen Gebieten Nordfrankreichs sei das Elend ebenso groß.

Zur Verlesung gelangte eine vom Ausschuß ausgearbeitete Resolution, in der es heißt: „Die Konferenz hat die Forderungen der Pariser und Londoner Staatskonferenzen untersucht und nimmt die Kundgebungen der U. S. P. Deutschlands, der J. L. P. Englands, der französischen Sozialistenpartei und des internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis, welche bezeugen, daß jede dieser Parteien sich bereits mit der Frage des Imperialismus und der sozialen Revolution beschäftigt hat. Sie nimmt den Vorschlag der französischen Partei an, zur mündlichen Prüfung der Frage der Wiedergutmachung eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten. Sie betrachtet als eine unerläßliche Bedingung der Wiedergutmachung die genaue Festsetzung der Kriegsschuld und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgesuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktion und ihrer Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz warnt die Arbeiterklassen aller Länder vor der Hetze und den Aufreizungen der Masse, die die Regierung und die chauvinistische Presse anwenden. Die übermäßigen, ja unerfüllbaren Forderungen des Ententekapitalismus und der Mißbrauch der durch sie hervorgerufenen Leidenschaften der kontrarevolutionären Bourgeoisie Deutschlands drohen die Krise zu verschlimmern und einen neuen blutigen Zusammenstoß heraufzubeschwören. Die Konferenz fordert die Entwaffnung der deutschen Militärorganisationen, Orgesch usw., ebenso die allgemeine Abrüstung in den anderen Ländern. Sie fordert die sozialistischen Parteien auf, für den 13. März in allen großen Städten Kundgebungen zu veranstalten gegen alle Bestrebungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter verschärfen müssen. Sie fordert die Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse, die Revision der Friedensverträge, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach Grundsätzen internationaler Politik. Sie ruft das internationale Proletariat auf, am 1. Mai Kundgebungen zu veranstalten, insbesondere für die allgemeine Abrüstung und die Revision der Friedensverträge."

Der Wiederaufbau in Frankreich.

„Deutsches Material und deutsche Arbeiter."

wf **Paris**, 26. Februar.

Der Abgeordnete Jean Hennessy versichert in einem Leitartikel des „Oeuvre", daß die von ihm verfochtene These des Wiederaufbaus mit deutschem Material und deutschen Arbeitern in Frankreich täglich Boden gewinne. Er habe Gelegenheit gehabt, in der Kammer mit Abgeordneten verschiedenster Parteirichtungen darüber zu sprechen; die einen teilten seine Auffassung vollständig, andere stimmten mit Detailvorbehalten zu, andere erklärten den Plan mindestens für interessant. Henessy teilt dann auch mit, daß Liller Zeitungen seine Vorschläge bekämpft hatten, ohne ein ernstliches Argument dagegen vorbringen zu können.

Aus den verwüsteten Gegenden sind ihm Briefe zugegangen, in denen seinen Plänen rückhaltlos Beifall gezollt wird. Er veröffentlicht die Zuschrift einer Genossenschaft im Aisne-Departement, in der es heißt, nur der Wiederaufbau durch die Deutschen könne Heil bringen, es sei bedauerlich, daß diese Lösung nicht gleich nach Beendigung des Krieges gewählt wurde, dann wäre schon ein erheblicher Teil der Arbeit verrichtet. In der Gegend von Arras, wo man die Methode der Deutschen schätzen gelernt habe, würde man gegen deutsche Arbeiter auf keinen Fall etwas einwenden. In Wirklichkeit werde die Zulassung der Deutschen von den Unternehmern, die im verwüsteten Gebiet große Gewinne zu erzielen hoffen, bekämpft. Loucheur sei als Leiter der großen „Société générale d'entreprises", welche die meisten Arbeiten in dem Wiederaufbaugebiet ausführe und den Kubikmeter Maurerarbet mit 180 Fr. berechne, persönlich an dem Ausschluß der Deutschen interessiert.

Der Abgeordnete Hennessy kündigt am Schluß des Artikels die Veröffentlichung weiterer Briefe an.

Die Vorschläge für London.

Kabinett und Sachverständige.

Ueber den Inhalt der deutschen Vorschläge in London sind gestern abend von anderer Seite Nachrichten verbreitet worden, die nach unseren Informationen nicht zutreffen. Danach sollte angeblich der erste Gegenvorschlag, den Professor Dr. Bonn entworfen habe, von Geheimrat Wiedfeld umgearbeitet worden sein. Es liegt hier eine Verwechslung vor. Die deutschen Gegenvorschläge, die Minister Simons mündlich auf der Londoner Konferenz darlegen wird, sind überhaupt lediglich vom Kabinett ohne die Mitwirkung der Sachverständigen formuliert worden. Ueber ihren Inhalt wird unbedingtes Schweigen von seiten aller Beteiligten bewahrt.

Bei der Ausarbeitung, von der die gestrigen Abendblätter erzählen, handelt es sich gar nicht um diese Gegenvorschläge, sondern vielmehr um eine von den Sachverständigen bearbeitete Denkschrift, die in deutscher, französischer und englischer Sprache in London überreicht werden wird. Die erste Fassung dieser Denkschrift ist auf Grund der Beschlüsse und Verhandlungen der Sachverständigen-Konferenz von Professor Dr. Bonn vorgenommen worden. Sie wurde dann einer Redaktionskonferenz überwiesen, die ihr die endgültige Form gegeben hat.

Zusammen mit dieser Denkschrift soll, wie wir hören, eine Ausarbeitung des Reichsfinanzministeriums überreicht werden, die unter anderem schon die wichtigsten Ziffern des Etats für das Jahr 1921 enthält. Der ursprünglich ventilierte Plan, Gewerkschaftsmitglieder dem deutschen Außenminister für die Verhandlungen in London zur Unterstützung beizugeben, ist, wie wir zuverlässig hören, in letzter Stunde fallen gelassen worden.

Die drohenden „Sanktionen".

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 26. Februar.

Marschall Foch wird mit General Weygand morgen vormittag in London ankommen und sich gleich nach Schloß Chequers begeben, wo er Lloyd George, Briand und Marschall Wilson treffen wird.

Der „Temps" erklärt es für unnütz, daß Simons die Frage der Sanktionen aufwerfen wolle. Er bemerkt dazu, der Wille der Verbündeten sei sehr klar und werde durch die Berufung der Marschälle Foch und Wilson zur Teilnahme an den Besprechungen des Obersten Rates unterstrichen. Der „Temps" veröffentlicht den Text des Protokolls vom 29. Januar über die Sanktionen. Es lautet:

„Entschließung. Wenn die deutsche Regierung es unterläßt, die erforderlichen Maßnahmen zur Ausführung der Forderungen, welche die Verbündeten auf der gegenwärtigen Konferenz zur Abrüstung wie zur Wiedergutmachung formuliert haben, zutreffen, werden die folgenden Sanktionen angewendet:

a) Das Datum, von dem ab die Fristen der Besetzung des Rheinlandes zu laufen beginnen, wird erst von dem Augenblick an gerechnet, wo den Verbündeten Genüge geschehen ist;

b) Es wird zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes, der Ruhrgegend oder eines anderen Gebietsteiles geschritten;

c) Im besetzten Rheinland werden angemessene Zollmaßnahmen und sonstige Maßnahmen getroffen;

d) Die Verbündeten werden sich dem Eintritt Deuschlands in den Völkerbund widersetzen."

Der „Temps" erklärt die deutsche Behauptung, daß die Sanktionen dem Versailler Vertrag widersprechen, für einen Irrtum. Er macht darauf aufmerksam, daß der Wiedergutmachungsausschuß nach dem Vertrag Sanktionen beantragen kann, falls Deutschland die bis zum 1. Mai fälligen 20 Milliarden nicht rechtzeitig bezahlt. Die Verbündeten hätten nach dem „Temps" sogar das Recht, vor dem 1. Mai gegen Deutschland vorzugehen, falls es einer Aufforderung des Wiedergutmachungsausschusses zur ratenweisen Abzahlung der 20 Milliarden nicht sofort nachkäme. Bei dieser Lage der Dinge täte Dr. Simons besser, die Frage der Sanktionen nicht zu berühren.

Sterne und Streifen.

Von

Georg Bernhard.

Das Sternenbanner der Vereinigten Staaten wird in wenigen Tagen den neuen Präsidenten bei seinem Einzug ins Weiße Haus begrüßen. Der diesmalige Präsidentenwechsel ist auf alle Fälle für Deutschland nicht unwichtig, denn es scheint sicher zu sein, daß Präsident Harding die Absicht hat, nach seinem Amtsantritt den Friedenszustand mit der deutschen Republik herbeizuführen. Man merkt aus allen amerikanischen Berichten die Vorbereitung der Volksstimmung für diesen feierlichen Staatsakt. In der amerikanischen Presse finden sich gereizte Aeußerungen gegen die Alliierten, und ab und zu wagt sich bereits eine Meinungsströmung an die Oberfläche, die beinahe wie deutschfreundlich aussieht, und die in ihren Aeußerungen in den ersten Märztagen vermutlich noch lebendiger auftreten dürfte. Aber es wäre vollkommen verfehlt, daraus für die Stellung der Vereinigten Staaten zu dem politischen Friedensproblem oder gar zur Londoner Konferenz voreilige Schlüsse zu ziehen. Man darf nie übersehen, daß die öffentlichen Meinungen in Amerika sehr impulsiv sind und lebhaft hin und her schwanken. Aber trotz der leichten Beweglichkeit der Oberfläche bleibt die Strömung einheitlich und wird von den dauernden Bedürfnissen des amerikanischen Volkes gelenkt. Für Amerika gilt deshalb mindestens ebenso sehr wie für andere Völker die Tatsache, daß auf die Dauer jede Politik sich nach den maßgebenden wirtschaftlichen Interessen richtet.

Diese Interessen bedingen zweifellos die Herstellung des Friedenszustandes, denn der krisenhafte Zustand der amerikanischen Wirtschaft verlangt die Vergrößerung des Exports der Vereinigten Staaten. Die Amerikaner sind gewöhnt gewesen, einen Teil ihrer Rohstoffe nach dem europäischen Kontinent zu werfen, und ein solcher Export wäre ihnen im Augenblick natürlich noch angenehmer als sonst. Alle Handelsgeschäfte von Nation zu Nation verlangen zunächst natürlich Rechtssicherheit. Und deshalb ist für sie das Weiterbestehen des Kriegszustandes nicht ungefährlich. Man darf infolgedessen hier mit einer Aenderung dieses Zustandes rechnen. Nicht weil die amerikanischen Vertreter aus der Reparationskommission zurückgezogen wurden, was nur ein Akt der Liquidation von Wilsons Präsidentschaft war. Sondern eben weil es im amerikanischen Geschäftsinteresse zu liegen scheint.

Bewahrheitet sich diese Hoffnung, so ist wohl auch anzunehmen, daß die amerikanischen Exportinteressenten bereit sein würden, Rohstoffkredite nach Deutschland zu geben. Aber es wäre eine schwere Täuschung, wenn man solche private Kreditwilligkeit mit der Geneigtheit zur Gewährung von irgendwelchen staatlichen Anleihen in einen Topf würfe. Und es wäre noch falscher, etwa aus den Sonderinteressen der amerikanischen Exportindustrie darauf zu schließen, daß die Gesamtwirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten es irgendwie im Augenblick zu deutsch-freundlichen Interventionen kommen lassen könnten.

Innerhalb dieser Gesamtinteressen ist das deutsche Interesse Amerikas nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil. Wenn man eine Parallele zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Staaten und der Politik im privaten Wirtschaftsleben ziehen will, so tut man gut, sich vor Augen zu halten, daß die Wiederanknüpfung geschäftlicher Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ein finanzielles Neu-Engagement bedeutet. Dagegen bestehen sehr hohe amerikanische finanzielle Engagements bereits bei den Alliierten. Auf alle Fälle ist daher in Amerika das Kopfzerbrechen darüber viel größer, wie man zu den hohen Summen kommt, die man den Freunden bereits geliehen hat, als welche Rolle in der Zukunft einmal mit Deutschland einzugehende Engagements spielen werden. Das politische Interesse der Vereinigten Staaten ruht daher mit seinem ganzen Schwergewicht dort, wo die großen finanziellen Engagements Amerikas liegen. Es ist genau die gleiche Situation — nur mit vergrößerten Summen — wie während des Krieges. Nur daß es sich damals vor Eintritt Amerikas in den Krieg um Engagements der großen Interessengruppen, jetzt aber um staatlich gewährte Kriegsanleihen handelt.

Auf solchen Erwägungen beruht ja wohl auch der Plan, der von einer Seite während der Verhandlungen der Sachverständigen für die Londoner Konferenz aufgestellt ist. Dieser Plan ging dahin, in London vorzuschlagen, Deutschland wolle die Anleihen übernehmen, die Frankreich und England bei den Vereinigten Staaten während des Krieges kontrahiert hatten. Der Plan ist theoretisch sehr schön ausgedacht. Denn wenn es dadurch gelänge, das große Finanzinteresse Amerikas mit Deutschland zu verknüpfen, so würde natürlich mit dem gleichen Augenblick Deutschland mit Amerika auch politisch verknüpft sein. Dieser Plan hat nur eine einzige große Schwäche, nämlich die, daß er kaum in die Wirklichkeit umzusetzen ist. Amerika wird schwerlich bereit sein, seinen Wechsel mit zwei Unterschriften, von denen zum mindesten die englische doch recht fein ist, einzutauschen gegen ein Papier, das allein die deutsche Unterschrift trägt. Es würde aber